



Stiftung Landschaftsschutz Schweiz
Fondation suisse pour la protection et l'aménagement du paysage
Fondazione svizzera per la tutela del paesaggio
Fundaziun svizra per la protecziun da la cuntrada

Medienmitteilung SL-FP

Bern, 7. März 2023

Brennpunkt Wohnungsnot – 100'000 Zweitwohnungen verschärfen Wohnungsnot

Die 10 grössten Schweizer Städte leisten sich 100'000 Zweitwohnungen, die unternutzt sind und die Wohnungsnot noch verschärfen. Die SL fordert Massnahmen zur Beschränkung der Zweitwohnungen auch in Gemeinden mit Wohnungsmangel, die unter der 20% Grenze des Zweitwohnungsgesetzes liegen.

Als nationale Krise wird die Wohnungsnot derzeit in der Politik hochgespielt, obwohl noch vor einem Jahr der Begriff der "Huttwilisierung" geprägt wurde, welche den Bau von überflüssigen Wohnungen fernab der Zentren, eben zum Beispiel in Huttwil, beklagte. Bereits werden daher Forderungen laut nach neuen Bauzonen, beschleunigten Baubewilligungsverfahren, Beschränkung der Denkmalpflege und des Einspracherechts. Solche Forderungen laufen allerdings ins Leere.

In der Tat verzeichnen die meisten Städte ein Bevölkerungswachstum. Dabei stossen die Kernstädte punkto baulicher Verdichtung ebenso an Grenzen wie mit der Verkehrsbelastung. Die SL erinnert aber an die "Remote work"-Konzepte, die während der Pandemie propagiert wurden. Damit können nicht nur die Pendlerströme reduziert, sondern auch viele gut erschlossene unternutzte Bürogebäude für die Umnutzung freigespielt werden.

Einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Wohnungsnot in den Städten haben die Zweitwohnungen. Die 10 grössten Städte der Schweiz leisten sich gemäss Wohnungsinventar 103'879 Zweitwohnungen. Würden diese mit einem 2-Personen-Haushalt belegt, käme man auf ein Potenzial von über 200'000 zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohnern. Würde nur ein Fünftel dieser Wohnungen genutzt, so wäre immerhin noch ein Wachstumspotenzial von 40'000 Einwohnerinnen und Einwohner vorhanden.

Die SL spricht sich daher aus, die Zahl neuer Zweitwohnungen auch unterhalb der 20%-Grenze gemäss Zweitwohnungsgesetz in denjenigen Gemeinden zu begrenzen, die auf eine Wohnungsnot hinsteuern. Ebenfalls sollen Anreize geprüft werden (z.B. Lenkungsabgaben), welche die Umwandlung von Zweit- zu Erstwohnungen fördern.

STIFTUNG LANDSCHAFTSSCHUTZ SCHWEIZ (SL)
Raimund Rodewald, Geschäftsleiter

